

	Seite
(A) Erste Beratung über den Antrag des Abgeordneten Lippe und Genossen, betreffend die Regelung der Entschädigung von Wasserkräftenhabern durch ein besonderes Gesetz. (Drucksache Nr. 1595) . . . . .	5530 D
Lippe (D. Vp.) . . . . .	5530 D, 5535 B
Böfel (Soz.) . . . . .	5532 C
Rammelsberg (D.-Nat. Vp.) . . . . .	5534 A
Siewert (Komm.) . . . . .	5534 C
Dr. Reinhold, Finanzminister . . . . .	5535 A
Überweisung an den Haushaltsausschuß B	5535 C
Zweite Beratung über den Antrag des Abgeordneten Börner und Genossen, die Beseitigung der Not weiter Schichten des Volkes durch Änderung der Dritten Steuernotverordnung betreffend, — Drucksache Nr. 1085 — sowie über die hierzu vorliegenden Eingaben. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 1625) . . . . .	5535 C
Erste und zweite Beratung über den Antrag der Abgeordneten Lippe, Schiffmann, Dr. Hartwig und Genossen, betreffend die Verwaltung und den Betrieb der Reichswasserstraßen durch die Länder unter Abstandnahme von Schaffung eigener Wasserstraßenbehörden des Reichs. (Drucksache Nr. 1607) . . . . .	5535 D
Lippe (D. Vp.) . . . . .	5535 D
Dr. Just, Ministerialdirektor . . . . .	5536 B
Rammelsberg (D.-Nat. Vp.) . . . . .	5538 B
Günther [Blauen] (Dem.) . . . . .	5538 B
Böfel (Soz.) . . . . .	5538 D
(B) Tagesordnung der nächsten Sitzung . . . . .	5539 A
Böttcher (Komm.) . . . . .	5539 B

#### Am Ministertische:

Ministerpräsident Heldt, Minister Elsner, Herm. Müller und Max Müller, Ministerialdirektoren Dr. Kettel, Dr. Just und Dr. Schulze, Ministerialräte Dr. Maier, Dr. Schulze, Dr. Sorger und Dr. Thiele, Oberregierungsräte Dr. Großmann, Mühler, v. Littrow, Dr. Dpiß und Dr. Schucke, Regierungsrätin Fräulein Reißler.

Anwesend 92 Abgeordnete.

Präsident Winkler eröffnet die Sitzung 11 Uhr 15 Min. vormittags.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

#### Eingänge:

[(Nr. 1992.) Kurze Anfrage des Abg. Beck wegen Gefährdung des Publikums durch Verwendung unzulänglicher Wagen auf der Kraftwagenlinie Bauzen-Ramenz.]

Beschluß: Schriftliche Antwort erwarten.

(Nr. 1993.) Antrag des Abg. Wirth u. Gen. auf Erlass eines Reichsgesetzes über eine zweckmäßige Bodennutzung.

Beschluß: Zur ersten Beratung auf eine Tagesordnung.]

Der Vorstand schlägt Ihnen vor, daß wir heute auch die Wahl eines seinerzeit beschlossenen elfgliedrigen

Ausschusses mit vornehmen. Diese Wahl ist aus Versehen unterblieben, es ist aber ein Interesse vorhanden, daß dieser Ausschuß doch gewählt wird, damit er nicht etwa nach den Feiertagen wieder vergessen wird und der Beschluß dadurch nicht durchgeführt werden kann. — Das Haus ist damit einverstanden.

**Abgeordneter Böttcher** (zur Tagesordnung): Meine Damen und Herren! Entgegen den Dispositionen des Landtags sind die Beratungen der kommunistischen Amnestieanträge im Rechtsausschuß zweimal abgesetzt worden. Wir hatten ursprünglich die Auffassung, daß es möglich sein würde, bei einer beschleunigten Beratung unserer Anträge im Rechtsausschuß noch vor Weihnachten im Plenum zur Verabschiedung dieser Anträge zu gelangen. Dieser Plan ist durch das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei durchkreuzt worden. Es ist die Sozialdemokratische Partei gewesen, die beide Male die Absetzung der Amnestieanträge der Kommunistischen Partei von der Tagesordnung gefordert hat. Wir stehen also heute in der letzten Sitzung des Landtages vor Weihnachten vor der Situation, daß die Anträge über die Amnestie im Ausschuß nicht beraten worden sind und deshalb das Plenum im Augenblick formell nicht in der Lage ist, die Anträge zu beraten. Ich beantrage deshalb im Auftrage meiner Fraktion, den Beginn der heutigen Sitzung um drei Stunden zu vertagen, sofort den Rechtsausschuß einzuberufen, dort die Durchberatung der kommunistischen Anträge herbeizuführen und dann in der neuen Plenarsitzung die Schlußberatung der kommunistischen Anträge vorzunehmen.

Meine Damen und Herren! Es ist vom Herrn Justizminister hier im Hause ausgeführt worden, daß in Sachsen überhaupt keine politischen Gefangenen mehr vorhanden wären. Wir haben Ihnen bereits in der vorigen Woche Gelegenheit gegeben, sich bei Delegationen der Arbeiterschaft selbst zu überzeugen, daß in Sachsen noch eine große Anzahl politischer Gefangener entgegen den Bestimmungen der Amnestie in den Gefängnissen sitzen. Wir haben gestern und heute erneut Gelegenheit gehabt, über 25 Frauen der politischen Gefangenen allein hier im Hause zu sprechen, die Ihnen den Nachweis liefern, daß ihre Männer als politische Gefangene hinter den sächsischen Kerkermauern sitzen. Ich fordere die Regierung auf, gegenüber diesen Frauen der politischen Gefangenen zu sagen, daß in den sächsischen Gefängnissen nur noch Verbrecher und keine politischen Gefangenen säßen. Ich fordere die Regierung auf, diese ihre Behauptung vor den Frauen der politischen Gefangenen selbst zu wiederholen.

Im ganzen möchte ich zur Begründung meines Antrages noch sagen, daß es unbedingt notwendig ist, die Amnestieanträge der kommunistischen Partei zu beraten und eine Amnestie herbeizuführen. Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Das Justizministerium will den politischen Gefangenen, statt ihnen die Freiheit zu geben, als Weihnachtsgeschenk Anstaltspfaffen in die Zellen schicken. Wir brauchen keine Anstaltsgeistlichen für die politischen Gefangenen. (Zustimmung b. d. Komm.) Deshalb fordern wir die Vollamnestie, wir fordern auch die Freilassung der politischen Gefangenen aus dem Grunde, weil sich in allen Urteilen der letzten Zeit gezeigt hat, daß die Feme-Mörder, daß die Anstifter zu den Feme-Morden, daß die Faschisten von der Justiz freigesprochen oder mild behandelt werden, während heute noch die